

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Erscheint

wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementpreis pro Vierteljahr 12,00 M. frei ins Haus, einschließlich der Beilage Haus und Herb.

Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 13,50 M. Telegramm-Adresse: Zeitung. Fernsprecher Nr. 27.



Anzeigen

werden die sechsseitigen 3 mm hohe (Beit-)Belle oder deren Raum mit 1.-M. berechnet; auswärts 1,50 M. Bei Behebungen entsprechender Rabatt. Reklamen sollen pro Zeile 3.-M. Verbindlichkeit für Platz, Datenortschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen auf Postkonto Frankfurt a. M. Nr. 20771.

Annahmehgebühr für Offerten und Anstufung beträgt 50 Pf. Zeitungsbelegungen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdrucker Hugo Munzer, Spangenberg • Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 41.

Donnerstag, den 6 April 1922.

15. Jahrgang.

Aus der Heimat

Spangenberg, den 6. April 1922.

Bauernregel im April. Launisches Aprilwetter, sofern solches der März nicht bereits vorweggenommen hat, ist dem Landmann durchaus willkommen. Nichts ist doch die beste Gewähr dafür, daß nicht später, in vorgerückter Maienzeit, in dieser Hinsicht eine verspätete „Nachlieferung“ eintritt. Demzufolge lauten die Bauernregeln: Wenn der April bläst in sein Horn — so steht es gut um Heu und Korn; sowie „April regnet — bringt immer Segen“, ferner „April dürrt — macht die Hoffnung irre“, oder „Wenn der April Spettatel macht — gibst Heu und Korn in voller Frucht.“ Ein zu warmer und trockener April ist ein schlechtes Vorzeichen, denn „Fröhsche zu Anfang April — bringen den Teufel ins Spiel“, oder „Sei der April auch noch so gut — er gibt den Bauern eins auf den Hut.“ — Besondere Wettertage im April sind namentlich der St. Georgs- und der St. Markustag (23. und 25. April). Deshalb sagt die Bauernregel: St. Georgs und St. Marks — die drohen uns viel Arg. Eine besondere Vorbedeutung hat für den Landmann schließlich die Schlehobornblüte. Je früher diese sich zeigt, umso besser sind die Aussichten des ganzen Jahres. Diese Erfahrungswisheit lehren in mehreren Bauernregeln wieder, die den Schlehoborn erwähnen. Es scheint hiernach, daß diese Pflanze tatsächlich mit einer besonderen Witterung für eine vorauschätliche Beständigkeit des Wetters begabt sein dürfte, wie dies auch bei mehreren anderen Pflanzen der Fall ist, die man ebenfalls auf Grund langjähriger Erfahrungserkenntnis als zuverlässige Wetterpropheten anzusprechen pflegt.

Wäldchenhaus. Nachdem erst vor einigen Wochen Diebe unseren Ort als Ziel ihrer nächtlichen Wanderungen ausgesucht hatten, versuchten sie es jetzt wieder in der Nacht zum Dienstag. Sie verschafften sich Zutritt in das Gehöft des Landwirts Julius Jakob. Durch die Bewoherin des Hauses wurde das Gefindel verjagt. Sie konnten nur einen kleinen Teil Kartoffeln mitnehmen.

Des Mannes Dämon.

Roman von Erich Geckenstein.

Copyright 1921 by Wiemanns Zeitungsverlag, Berlin W 66

„Jetzt, Herr Graf? Sie sollten sie doch nur einmal des Tages nehmen und haben schon heute morgen.“

„Kümmere dich um deine eigenen Angelegenheiten“, unterbrach ihn der Graf kurz. „So, stelle sie hier neben mich. Nun magst du die Gräfin herüberbitten und dann gleich den Tee servieren. Wenn wir zu spielen begonnen haben, dann hast du uns unter keinen Umständen zu lären, verstanden? Selbst wenn Feuer in dem alten Dachstuhl ausbrechen sollte.“

„Sehr wohl, Herr Graf.“
„Gut. Gehe jetzt!“

Nun spielten sie seit einer Viertelstunde. Langsam, bedächtig, stumm, scheinbar ganz in das Spiel vertieft.

Frene hatte den Teetisch beiseite gerückt und an seine Stelle einen Spieltisch gestellt mit vier Kerzen, deren Flammen durch grünes Seidenströmchen, mit Perlkrausen geziert, ein ruhiges, stimmungsvolles Licht in der blumengeschmückten Ecke verbreiteten.

Am Kamin strahlte rote Glut. Aus einer Ecke über Wildenmarks Schreibtisch hob sich phantastisch eine bizarre Gruppe in das sonst herrschende Dämmerlicht: ein Faun aus Bronze, der die göttlichen Arme nach einer weißen, marmornen Dame ausstreckt, deren Leib nur zur Hälfte aus Schilf herausragt. Durch verborgene angebrachte Glühlichter schimmerte der weiße Marmorleib effektvoll beleuchtet, während die Augen des Fauns, gleichfalls von innen erleuchtet, mit dämonischer Lebendigkeit wirkten.

„Mautendelein“, hatte Wildenmark die Gruppe gekauft, die er aus Paris mitgebracht. Frene liebte dieselbe sehr. Irgendwie fühlte sie sich verwandt mit Mautendelein. . . .
Am Hause herrschte Rosenstille.

— In derselben Nacht wurden zwischen hier und Abelshausen 600 Mtr. Kupferdraht, wahrscheinlich von derselben Bande, abgeschnitten und entwendet.

Aus Nah und Fern

Schwaga. Zur obligatorischen Einführung des Badens der Volksschulkinder hat unsere Stadt mit dem hiesigen Lehrerseminar einen Vertrag über die Benützung der Brausebadanlage der genannten Anstalt abgeschlossen. Die Kosten für das Baden in den Wintermonaten belaufen sich auf etwa 10000 Mark und wurden von den Stadtverordneten einstimmig bewilligt.

Dankmarshausen a. d. Werra. Die Kaligewerkschaft Winterthal beabsichtigt, wegen der ungünstigen Verhältnisse in der Kaliindustrie die hiesige Schachtanlage stillzulegen und die Ausbeute an Kali einzustellen. Millionenwerte, die in dem Bergwerk angelegt wurden, gehen dadurch verloren.

Waldeck. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am hiesigen Bahnhof auf der Baustelle der Mauerwerke. Der dort beschäftigte Maurer Wilhelm Lönge aus Mohlen stürzte aus größerer Höhe vom Gerüst ab, wobei er sich einen doppelten Schädelbruch zuzog. Auf dem Transport ins Wäldchen Krankenhaus gab er seinen Geist auf.

Cassel. In den letzten Nächten ging es in Cassel wieder sehr unruhig zu. Verschiedentlich mußte die „Grüne“ eingreifen, um bei Schlägereien die Ordnung wieder herzustellen. Wiederholt mußte die Sanitätswache in Anspruch genommen werden. — In der Nacht zum Sonntag wollten junge Leute in betrunkenem Zustande in eine Festlichkeit eindringen. Es kam zu einer schweren Schlägerei die einen blutigen Verlauf nahm. Mehrere Eindringende wurden sehr schwer verletzt. Die Schutzpolizei mußte eingreifen und die Ruhe wieder herstellen. Einige der Verletzten mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Mährle. Ein hiesiger Landwirt hatte für 20000 Mark Holz verkauft. Von dieser Summe verbarb er

7000 Mark unter einem Schrank, damit das Finanzamt davon nichts gewahr werde. Der Knecht des Landwirts fand die 7000 Mark unter dem Schrank und — nahm sich „nur“ 600 Mark davon. Die Restsumme fiel dem Herrn wieder in die Hände. Es giebt doch noch ehrliche Diebe.

Schmalzkalden. Nachdem in einer der letzten Nächte im benachbarten Seligenthal ein Motor entwendet wurde, wurden jetzt in Vogtei nachts Stoffe im Werte von über 15.000 Mark gestohlen. Man nimmt an, daß es sich um dieselben Einbrecher handelt.

Eisenach. Die Leiche eines glücklich verkrümelten etwa 45jährigen Mannes wurde hier auf den Eisenbahnschienen liegend in der Nähe der Auestraße aufgefunden. Es ist Selbstmord als wahrscheinlich anzunehmen.

Frankfurt. Die beiden ersten Nebtage haben trotz des schlechten Wetters einen gewaltigen Umsatzenstrom nach Frankfurt gebracht. Es wurden über 80000 Eintrittskarten verkauft. Die Nebtalage waren am ersten Tage, obwohl in verkürzter Auflage erschienen, völlig vergriffen. Einzelne Branchen wurden so stark mit Aufträgen versehen, daß ein weiteres Verbleiben der Aussteller auf der Messe unnötig ist, da sie doch nicht mehr liefern können. Namentlich in der Textil- und Lederbranche wurden gewaltige Abschlüsse getätigt. Gesucht sind vor allem sofort greifbare Waren. Obwohl die Preise den Verhältnissen entsprechend hoch sind, zeigt sich in den Abschlüssen keinerlei Stöckung. Das gilt auch von Branchen die nicht unmittelbar im Tagesinteresse stehen. Am charakteristischsten ist dafür wohl die Auslage eines Offenbacher Luxuslederhändlers, der äußerte, er habe am ersten Frankfurter Nebtage mehr Aufträge bekommen, wie während der ganzen Leipziger Messe zusammengekommen.

— Infolge des Stillstandes beim Währungsübergang der Mark trat auf dem letzten Fruchtmarkt eine vorübergehende Erholung ein, jedoch wurde von Käufer- und Verkäuferseite Zurückhaltung beobachtet.

— Der Postkassierer Georg Haack hatte sich im Amte die Unterschlagung von 5000 Mark zu Schulden kommen lassen, wofür ihn das Schwurgericht nunmehr zu sechs Monaten Gefängnis verurteilte.

ein Knecht — solch Leben zählt kaum!“ hatte er beruhigend auf sie eingeschrien.

Langsam waren da Atem und Farbe wieder in ihre Wangen zurückgekehrt und sie hatte erleichtert aufatmend

„Als sie ihm nun am Schachbrett gegenüber saß, wollte die alte Furcht sich ihrer wieder bemächtigen. Aber seine unbewegten Züge beruhigten sie immer wieder. Seine verlebte Torheit, diesen Abend zu einer Art Fest zu ihren Ehren ausgestalten zu wollen, erheiterte sie im Stillen und sie ging lächelnd darauf ein.“

Er hatte sie gebeten, die Türe abzusperrern und ihm den Schlüssel zu geben.

„Damit uns Paul nicht ungeschickterweise stört und ich das süße Gefühl habe, dich für ein paar Stunden als meine Gefangene zu wissen!“

Willig entsprach sie seinem Wunsch. Als sie sich dann wieder ihm gegenüber an den Tisch setzte, meinte sie lächelnd: „Gib acht, mein Freund, du siehst schlecht. Sonst seige ich dich heute wieder matt!“

„Wirklich? Ach nein — das wäre — eine fatale Niederlage! Und es ein wenig härteren und neue Kräfte sammeln zum letzten entscheidenden Kampf.“

Er lehnte sich zurück und zog zugleich ein Zigarren, aber auch neben zwei Aldorläschen und einem Anzahl Flaschen die ihm zuvor vom Diener überreichte Kaffeetafel, näher an sich heran.

Langsam öffnete er die Kaffeetafel.

„Ich habe hier eine kleine Überraschung für dich, Frene“, sagte er lächelnd, „das einzige und kostbarste Stück des Wildenmarker Familien schmuckes, das du noch nicht dein eigen nennst! Nimm es in dieser Stunde als Dank für die Gnade, daß du mir diesen Abend schenkest!“

Er legte das Brillant Halsband in ihren Schoß. „O, wie schön! Wie herrlich!“ rief sie, aber rasch auf die funkelnden Steine blickend. Ihre grauen Augen schimmerten freudig.

Er betrachtete sie mit seltsam überlegenem Lächeln.

(Fortsetzung folgt.)

Französische Schupoheke.

In der Pariser Kammer hat man wieder einmal das Schreckgespenst der angeblich immer noch bestehenden geheimen deutschen Wehrmacht an die Wand gemalt. Im Laufe der Aussprache über die aussergewöhnliche Politik richtete die nationalsozialistische Kammermehrheit heftige Angriffe gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Briand, dem man in seiner Entlassungspolitik gegenüber Deutschland schwere Vernachlässigung vorwarf. Bei dieser Debatte zeichnete sich besonders Poincaré selbst aus, der seinen Vorgänger dafür verantwortlich machte, daß die Alliierten in der Frage der deutschen Schupoheke, die von Poincaré fälschlicherweise als zum regulären Heere gehörend bezeichnet wurde, seit dem Waffenstillstand und nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages eine ganze Reihe von Zugeständnissen gemacht hätten, sowohl hinsichtlich der Auflösungsfristen, als auch bezüglich der Vernehmung der Polizeikräfte. Die von den Alliierten bewilligten Polizeitruppen hätten einen militärischen Charakter und man müsse sie deshalb als eine Verstärkung des deutschen Heeres ansehen. Die Folge davon sei, daß Deutschland heute nicht 100 000 Mann Soldaten habe, wie der Vertrag vorschrieb, sondern über ein reguläres Heer von 250 000 Mann verfüge, ohne die irregulären Truppen, deren Zahl noch bedeutend höher sei.

Diesen völlig sinnlosen und unbegründeten Beschuldigungen, die offenbar nur als Vorwand für neue exzessive Forderungen dienen und Deutschland jeden polizeilichen Schutzes berauben sollen, ist der Reichsminister des Innern Dr. Brücker erfreulicherweise sofort im Reichstag ganz energisch entgegengetreten. Im Interesse der augenblicklich mit General Nollet schwebenden Verhandlungen erklärte er sogleich nach Bekanntwerden der französischen Behauptungen, daß einmal ein Unterschied besteht zwischen Reichswehr und Schupoheke und daß Deutschland sich genau an die Bestimmungen des Friedensvertrages hält, die ihm ein Heer von 100 000 Mann und eine Polizeimacht von 150 000 Mann gestatten. Deutschland ist auch den Beschlüssen späterer Entente-Konferenzen nachgekommen, hat die stärkere Schupoheke auf 80 000 Mann herabgesetzt und sie jeden militärischen Charakters entkleidet. Vor kurzem noch hat sich Deutschland verpflichtet, von dem Rechte der Verstaatlichung weiterer Polizeiverwaltungen nur im Einvernehmen mit der Kontrollkommission Gebrauch zu machen, sämtliche Nachrichten und Kraftfabrikationen aufzulösen, die Kasernierung aufzugeben, die Uniformen nach Abtragen in eine nicht feldmäßige Farbe zu ändern, die aus Heeresbeständen der Nachkriegszeit abzuliefern, alle Zentraldepots der Einzelstände aufzulösen, die Instandhaltung der Waffen gemäß der Note der Kontrollkommission vorzunehmen und sämtliche Polizeifahrzeuge mit Prosensystem abzuliefern.

Mit dieser Maßnahme ist die Frage auf, ob diese 80 000 Mann Schupoheke, die mit der Reichswehr in keiner Weise zu vergleichen sind, irgendwie als eine militärische Bedrohung Frankreichs angesehen werden könnten, zumal tief in deutschen Landen 135 000 bis an die Spitze bewaffnete französische, englische, belgische und amerikanische Soldaten stehen, von denen jeder Soldat Deutschland mehr kostet als ein Ministergehalt! Aber in Frankreich zähle man die Technische Nothilfe und alle Sport- und Regimentsvereine einfach der Reichswehr zu, obwohl diese Vereine mit militärischen Dingen nichts zu tun haben.

Was die in der französischen Kammer mehrfach erwähnten geheimen Organisationen betrifft, die angeblich immer noch in Deutschland bestehen sollen, so erinnert der Minister daran, daß die Reichsregierung alle der Verfassung und den Gesetzen zuwiderlaufenden Organisationen mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft. Zum Schluß gab der Minister den ehemaligen Generalen Deutschlands zu bedenken, welche schwere Verantwortung für ganz Europa sie treffen würde, wenn sie die deutsche Schupoheke, die mit doch nur infolge unerbittlicher Lebensnotwendigkeiten zu halten gezwungen sind, zerfallen würden.

Die Ausfichten für Genua.

Optimistische Auffassung des italienischen Außenministers.

Nachdem Poincaré und Lloyd George über die Aufgaben und die Ausfichten der Genueser Wirtschaftskonferenz in großen Parlamentsreden auseinandergesetzt und die Zustimmung der Parlamente zu ihrer Politik gefunden haben, hat jetzt auch der italienische Außenminister Schanzer seine Ansicht über die bevorstehende Konferenz geäußert. In einer Unterredung mit dem römischen Vizekonsul der Deutschen Bureaus erklärte der Minister, man könne von der Genueser Konferenz keine Wunder erwarten und auch nicht erwarten, daß alle großen internationalen Probleme, die noch immer die Welt beschäftigen, gelöst werden. Andererseits würde es ein großer Fehler sein, mit Zweifel und Skeptizismus in die Zukunft zu blicken.

Die Bedeutung der Konferenz geht aus der Tatsache hervor, daß zum ersten Male seit dem Kriege wieder Sieger und Besiegte ohne Unterschied zusammenzutreffen werden, um gemeinsam die Interessen Europas zu erörtern. Die Tatsache, daß Deutschland und Rußland an den Beratungen teilnehmen werden, sei an und für sich schon von Bedeutung. Die ersten Erörterungen in Genua würden die verschiedenen Standpunkte zutage fördern, und würden die Grundlage für günstige Ergebnisse legen, die dem wirtschaftlichen Leben Europas einen neuen Antrieb geben würden. Die Genueser Konferenz werde Europa auf den Weg des Wiederaufbaus bringen und wenn sie vielleicht auch nicht in der Lage sein werde, die vollkommenen Probleme zu lösen, so werde sie doch wenigstens die gesamte europäische Lage klären. Der Erfolg der Konferenz werde abhängen von der Klugheit und Mäßigung aller Teilnehmer. Er selbst sei Optimist, da er der Ansicht sei, daß alle Teilnehmer sich der außerordentlichen Verantwortung bewusst sein würden, die sie übernehmen. Italien gehe auf die Konferenz mit dem vollen und sicheren Glauben an ihren Erfolg.

In Deutschland dürfte wohl kaum jemand die optimistische Auffassung des italienischen Ministers teilen. Nachdem man die Erörterung des Versailler Vertrages und der Reparationsfragen von vorn herein aus der Tagesordnung der Genueser Konferenz ausgeschaltet hat, können wir uns einen wahren Erfolg der Konferenz für Deutschland nicht mehr versprechen. Alle Auseinandersetzungen über die Bestimmung des europäischen Wirtschaftslebens sind verlorene Mühe, wenn man nicht das Hebel an der Wurzel faßt und den Friedensvertrag, dessen Unmöglichkeit und Undurchführbarkeit tausendfach bewiesen ist, einer grundlegenden Änderung unterzieht.

Gesch über Genua.

Im Ausschuss des Prager Abgeordnetenhauses machte der tschechische Ministerpräsident Gensch nähere Angaben über das Programm für Genua. Als erste Aufgabe der Konferenz bezeichnete er die Wiederherstellung Rußlands und die Anknüpfung von Beziehungen mit ihm. Der praktische Plan der Wiederherstellung Rußlands sei folgender:

1. Aufrüstung der alten russischen Verbindlichkeiten aus der Vorkriegszeit.
2. Die Eröffnung einer ständigen Kommission zur Kontrolle dieser Verbindlichkeiten.
3. Prüfung der Frage, bis zu welchem Maße und unter welchen Bedingungen fremdes Kapital in Rußland angelegt werden kann. Ferner die Frage der persönlichen Sicherheit der Ausländer, der Konfiskationsrechte der Gerichte und der Gültigkeit ihrer Urteile, eventuell der Beteiligung fremder Gerichte, eventuell gemeinsamer, in Streitigkeiten zwischen Rußen und Ausländern.
4. Die Methode der praktischen ausbauenden Arbeit auf dem Gebiet Rußlands.

Der zweite Hauptpunkt der Konferenz sei das Problem der Wiederaufrichtung des wirtschaftlichen und geschäftlichen Lebens überhaupt und in Zentraluropa im besonderen.

Die dritte große Aufgabe der Konferenz sei der Versuch, zwischen den ehemals feindlichen Staaten und den Neutralen zum ersten Male nach dem Weltkriege direkte Beziehungen herzustellen, die europäische Interessengemeinschaft zu erwecken und die jetzt noch bestehende Kriegssphäre aus der Welt zu schaffen.

Diese drei Probleme sollen zwei bis drei Spezialkommissionen zur Prüfung überwiesen werden, die dann der Vollkonferenz Bericht erstatten sollen.

Deutschlands Milchproduktion.

Genossenschaftswesen und der Milchzeuger.

Bei der Wichtigkeit des Genossenschaftswesens im Milchgewerbe ist ein Aufschwung in der „Milchwirtschaftlichen Zeitung“ von Belang, der über den Stand der Milchgenossenschaften und der angeschlossenen Milchzeuger Aufschluß gibt. Nach den Mitteilungen zur Genossenschaftsstatistik, bearbeitet von der Zentral-Genossenschaftskasse, waren vor dem Kriege im Genossenschaftsregister eingetragen: 3399 Milchlieferungs- und Milchereigenossenschaften; daran waren 314 859 Milchzeuger beteiligt. Daneben bestanden etwa 1500 freie Milchereigenossenschaften, besonders in Schleswig-Holstein, Bayern und Württemberg. Wenn man deren Mitglieder ansatz bei den eingetragenen Genossenschaften auf 93, auf 70 veranschlagt, so erhält man weitere 105 000 Milchzeuger. Es liefern also rund 420 000 Landwirte ihre Milch an einen gemeinsamen Milchereibetrieb ab. In Süddeutschland sind allerdings die Milchereigenossenschaften oft nur Milchereibaugenossenschaften. Der Betrieb wird an einen Unternehmer verpachtet. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache dürfte sich die Zahl der genossenschaftlich organisierten Milchwirte vor dem Kriege auf etwa 380 000 belaufen haben. Dieser Zahl sind allerdings alle die Milchzeuger hinzuzurechnen, die, ohne Mitglieder zu sein, an die Genossenschaften liefern. Dies waren nach der Statistik von 1914 rund 20 vom Hundert. Es werden also insgesamt 460 000 Milchzeuger ihre Milch an Genossenschaften abgegeben haben.

Die Zahl der Milchwirte, die an Eigenmoltereien beteiligt waren, ist schwer zu berechnen. Nach der Vorerhebung von 1907 bestanden insgesamt 12 620 Milchereibetriebe, deren Zahl etwa 13 000 erreicht haben dürfte. Zieht man hiervon die Zahl der Genossenschaftsmoltereien ab, so erhält man etwa 8000 Eigenmoltereien. Infolge des geringen Umfanges kann man vielleicht mit 40 Milchlieferern für jeden Betrieb rechnen. Das ergibt 320 000 Milchwirte oder unter Hinzurechnung der 40 000 Milchereibaugenossenschaften angeschlossenen Landwirte rund 360 000. Nach diesen schätzungsweise Berechnungen übersteigen die Genossenschaftsmoltereien in Hinsicht auf die Viehzucht die Eigenmoltereien beträchtlich.

Diese dem Genossenschaftswesen günstige Entwicklung wird aber infolge der anders gelagerten Verhältnisse kaum so weit gehen können, wie a. V. in Dänemark wo schon 1903 mehr als 82,3 v. H. aller landwirtschaftlichen Betriebe mit Aufhaltung bei einer Milchereigenossenschaft betitelt waren.

Nach der Betriebszählung von 1917 waren in Deutschland 5,7 Millionen landwirtschaftliche Betriebe vorhanden, die vielleicht etwas über 4 Millionen Aufhaltungen darstellten. Bei insgesamt etwas über vier Millionen Aufhaltungen hatten wir also in Deutschland eine Beteiligungsziffer an Genossenschaftswesen und Eigenmoltereien von rund 20 v. H. Es geht aus dieser Statistik hervor, daß dem Milchgenossenschaftswesen noch ein weiter Spielraum zur Verfügung steht.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 6. April 1922.

— Als Vertreter des Reichsaussenministeriums auf der Konferenz in Genua ist der Ministerialrat Geh. Rat Dr. Wiegert bestimmt worden.

— Der Führer der Mehrheitssozialisten Max Scheidemann leidet an einer fortwährenden Darmkrankheit, die ihn noch mehrere Wochen an das Bett fesseln dürfte.

— Am 1. Juni sollen in Ludwigshafen und Birkenfeld französische Handelsmissionen eröffnet werden.

Erhöhung der Abgeordneten-Zahlen. Ein mehrschichtiger Antrag aller Fraktionen des Reichstages fordert eine Abänderung des Reichstagesgesetzes vom 23. April 1921 über die Entschädigung der Abgeordneten des Reichstages und des preussischen Landtages. Die Abgeordneten erhielten im März 1921 bei der Wahl des Reichstages monatlich 1500 Mark Aufwandsentschädigung und dazu ein Tagegeld von 50 Mark pro Tag. Schrieb sich einer oder eine an Tagen ohne Vollziehung in die Liste ein, so wurden 50 Mark abgezogen. Zweimal, nämlich am 1. Juli und am 1. Dezember v. J., traten Erhöhungen ein. Jetzt ist der Zustand der, daß die Berliner Abgeordneten 3000 Mark, die auswärtigen 3500 Mark monatlich Aufwandsentschädigung, die Berliner 100, die auswärtigen Abgeordneten 120 Mark Tagegeld für die Vollschicht erhalten, und daß ihnen 100 bzw. 120 Mark für das Reisen an Vollschichten abgezogen werden. Das Gesetz fordert nun mit Wirkung vom 1. April die Aufwandsentschädigung von 4500 bzw. 5000 Mark monatlich, ein Tagegeld für Ausfalltage von 100 bzw. 150 Mark und einen Verjämmsabzug von 150 Mark für alle Landesboten, ob aus Berlin oder aus der Provinz.

Die bedrohten Reichsbürger. Durch den preussischen Vertreter beim Reichs- und Staatsministerium wurde dem Reichspräsidenten eine Entschädigung der nach Berlin entsandten Deputation in Sachen der deutsch-polnischen Belagelungsfrage übergeben. Der Reichspräsident hat nun dem preussischen Vertreter ein Schreiben zugesandt, in dem er der Deputation die Versicherung ausspricht, daß die Reichsregierung nicht aufhören wird, mit allen Kräften unser Recht auf die bedrohten Reichsbürger zu verteidigen. Die Hande, die die Streifen mit dem preussischen Namen verknüpfen, seien unentbehrlich. — Zwischen deutschen und alliierten Sachverständigen werden in kurzer Zeit Beratungen über die Frage der Grenzziehung an der Weichsel beginnen. Dabei werden in der Hauptsache die Fragen eines freien Zuganges zur Weichsel und die Möglichkeiten für einen einheitlichen Reichsübergang erörtert werden.

Der ober-schlesische Bergbau und Polen. In der letzten Vollziehung des Reichswirtschaftsrechts wurde das Mitglied Geh. Bergat Hilger die über seine Person in Umlauf gesetzten Gerüchte, wonach er aus dem Ober-schlesischen Berg- und Hüttenmännlichen Verein ausgeschlossen sei und Aufnahme in die polnische Industriellenvereinigung und Aufnahme in die polnische Organisation gebeten habe, für vollkommen unzutreffend. Er und seine Verwaltung, die Vereinigung königlich- und kaiserlicher Berg- und Hüttenmännlichen Vereinigung, sind aus dem ober-schlesischen Berg- und Hüttenmännlichen Verein nicht ausgeschlossen worden, sondern gehören dem Verein selbst noch heute an. Er habe niemals den Vorstand der polnischen Eisenhüttenwerke oder irgendein andere polnische industrielle Organisation um Aufnahme gebeten, konnte also nicht abgewiesen werden. Endlich habe er niemals mit der polnischen Regierung wirtschaftspolitische Verhandlungen vorgenommen, habe auch keine Loyalitätserklärung abgegeben oder Zusicherungen oder Versicherungen irgendwelcher Art gemacht; er konnte also auch dort keine Umwerbung betreiben. An den gesamten über ihn verbreiteten Nachrichten sei auch nicht ein wahres Wort.

Der Ostmarkenverein gegen die ober-schlesische Autonomie. Der Deutsche Ostmarkenverein wendet sich in einer Erklärung gegen eine Autonomie des Ostmarkenlandes, die von dem Ostmarkenverein ist der Ueberzeugung, daß eine Trennung des Ostmarkenlandes von dem Mutterlande und dessen Umwandlung in einem besonderen Staatsgebiet von den bedeutendsten Folgen begleitet sein würde. Angesichts der sicheren Gefahr eines Nationalitäten- und Sprachenkampfes, der von polnischer Seite mit den bekanntesten Mitteln geführt werden würde, biete gegen die Uebergriffe unserer Gegner nur die feste Zusammengehörigkeit mit dem preussischen Staatswesen eine Bürgschaft für die Wiederherstellung seiner einstigen Blüte. Der Vorstand des Deutschen Ostmarkenvereins fordert seine Mitglieder auf, in diesem Sinne zu wirken.

Die Entschädigung für die Opfer der „Lufthansa“. Nach einer Meldung aus Washington hat Präsident Harding den Senat davon in Kenntnis gesetzt, daß er mit Deutschland über die Regelung der Ansprüche amerikanischer Bürger wegen des Untergangs der „Lufthansa“ verhandele.

Der 1. Mai und 9. November gesellschaftliche Feiertage in Sachsen. Der sächsische Landtag nahm mit 45 sozialistischen gegen 45 bürgerlichen Stimmen den sozialistischen Gesetzentwurf über die Festlegung des 1. Mai und 9. November als gesellschaftliche Feiertage an. Von bürgerlicher Seite wird namentlich der Volkseigenen beantragt werden, so daß voranschicklich Remuneration für sächsischen Landtag für den Früh Sommer zu erwarten sind.

Die Bedingungen der Zweiten Internationalen. Am dritten Verhandlungstage der in Berlin stattfindenden sozialistischen Weltkonferenz im Reichstag wurde das Vorhaben der 2. Internationalen, Macdonald, eine Erklärung des Komitees der 2. Internationalen, in der sich dieses mit einer allgemeinen Konferenz einverstanden erklärt unter der Bedingung, daß die Vertreter der 3. Internationalen zuvor folgende drei Bedingungen annehmen: 1. Bezüglich der Politik der Völkervereinigung, 2. Bildung einer Kommission bestehend aus Mitgliedern der drei Erklärungen zur Untersuchung der Lage in Georgien, 3. Befreiung der polnischen Gefangenen in Rußland bezw. ihre Ueberlieferung vor oberständlichen russischen Gerichten unter der Kontrolle internationaler Sozialisten. Nur bei Annahme dieser Bedingungen, erklärte Macdonald, sei er überzeugt, daß eine allgemeine Konferenz zustande kommen und daß sie noch vor Ende dieses Sommers stattfinden könne. Aufgabe dieser Konferenz würde es dann auch sein, zu dem Ergebnis der Konferenz von Genua Stellung zu nehmen.

Die Londoner City hat kein Interesse an Genua
 — London, 5. April. „Times“ schreibt, in Anbetracht der Tatsache, daß die wirklichen wirtschaftlichen Fragen von dem Programm der Konferenz abgesehen ausgeglichen werden, sei das Interesse der City an der Konferenz äußerst gering.

Die Vorberedung der Neutralen
 — Bern, 5. April. Heute nachmittag haben die Verhandlungen der neutralen Sachverständigen über das Programm der Konferenz von Genua begonnen, denen sich bekanntlich am 8. April eine Aussprache der neutralen Delegierten anschließen wird. Die Verhandlungen werden geheim geführt.

Französische Zustimmung zur Vorkonferenz
 — Paris, 5. April. Die französische Regierung hat nunmehr den auf englische Anregung erfolgten Vorschlag Italiens angenommen, wonach vor der offiziellen Eröffnung der Konferenz von Genua eine Vorberedung der verschiedenen Delegationsführer abgehalten wäre. Bereits am 8. April werden die Vertreter der kleinen Entente und am nächsten Tag die fünf Großmächte zusammentreten, um eine Tagesordnung aufzustellen.

Preussischer Landtag.

— Berlin, den 5. April.
 Die zweite Beratung des Haushalts des Gesundheitsverwaltungsbereichs.
 Abg. Bartelds-Dannover (Dem.) fordert Verminderung der Zuschüsse. Die Pferdebesitzer müßten sich selbst erhalten. Landwirtschaftsminister Dr. Wenckebach: Die großen Aufgaben der Pferdebesitzer kann man nicht der privaten Ansicht überlassen. Im Pferdebestand haben wir gegenüber 1913 noch einen Fehlbetrag von 152 000 Stück.
 Die Debatte über den Haushalt der Gesundheitsverwaltung zieht sich noch geraume Zeit hin. Es folgt der **Römischenhaushalt**.

Abg. Peters-Hohmann (Soz.) erklärt, daß seine Partei nicht unter allen Umständen die Verschärfung des Großgrundbesitzes fordert; nur dort, wo der Großgrundbesitz unrentabel wirtschaftet, müsse er enteignet werden, und aus ihm müßten Siedlungen für kleine Betriebe geschaffen werden.
 Nach diesem Redner wird die Beratung abgebrochen. Die Abstimmung über den Etat erfolgt in der Donnerstags-Sitzung.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, den 5. April.
 Reichsministerium des Innern.
 Die 2. Lesung wird fortgesetzt. Verbunden wird damit eine deutsch-nationale Interpellation über die Bekämpfung der Schand- und Schundliteratur.

Abg. v. Kardorff (D. Wp.) behauptet, daß der Minister nur so wenig Referate aufgelegt und lediglich nur eine Bartelrede gehalten habe. Wenn ein Unfallsbericht gegen die neuen Symbole der Republik protestiert habe, so beweise das, daß man in Weimar große Impressionen des deutschen Volkes verleiht habe. Im Kampfe gegen Schmutz und Straßproleten man soll das Geld nicht von Gefehen und Straßproleten rennen. Durch Straßproleten wird nur Schande gemacht für das, was wir bekämpfen wollen. Wir sind ein sehr breches Volk, jeden Tag sinken Tausende von Familien unter das Proletariat herab und ein neuer Reichthum bildet sich, der keine Kultur besitzt. Das oberclassische Antonienes ist, der keine Kultur besitzt. Das oberclassische Antonienes ist, der keine Kultur besitzt. Das oberclassische Antonienes ist, der keine Kultur besitzt.

Reichsminister Dr. Köster wendet sich gegen die Behauptung des Abg. v. Kardorff, daß in der Reichsaktion für Oberschleien noch kein Fehlbetrag ausgeglichen worden sei. Für die Reichsaktion seien 100 Millionen Mark ausgelegt worden, 70 Millionen sind in bar ausgeglichen, 5 Millionen sind in der Auszahlung begriffen.

Abg. Rahnke (Dem.) lehnt ein besonderes Gesundheitsministerium ab und verlangt die Zusammenlegung einzelner Ministerien. Gegen den Wechsel der Reichsfarben habe seine Partei sich gewehrt aus Gründen, die auch heute noch zutreffend seien. Zu Mitteln für die Technische Hochschule stimmt der Redner zu. Eine Veränderung des Wahlgesetzes sei notwendig.

Frau Abg. Witt (Soz.) beantragt Unterfückung der Theater und Kinos, damit diese Eritäten der Kultur und des Lebens werden. In unsere Schule muß ein ganz anderer Geist einziehen, die Beziehung der Republik muß allen Schulen zur Pflicht gemacht werden.

Abg. Dr. Wofes (L. Soz.): Für Kulturzwecke sind wenig Gelder vorhanden, um so mehr aber für die Polizei. Es ist ganz wie früher, vom neuen Geist ist nichts zu spüren.

Abg. Weiser (Wahr. Wp.): Wir dürfen nicht das physische Moment bei dem Wiederaufbau in den Vordergrund stellen. Bei der Jugend muß mit dem Wiederaufbau angefangen werden. Der Redner begrüßt die Vorlegung eines Jugendfürsorgegesetzes, betont jedoch, daß die Wohlthätigkeitsvereine nicht etwa nur durch neue Gesetze zu haben sei.
 Reichsminister Dr. Köster: Die behauerlichen stitlichen Zustände unseres Volkes sind eine unmittelbare Folge des Krieges. An der Herstellung von Schundfilmen sind weniger wir als das Ausland schuld.

Wahlfragen.
 Auf der Tagesordnung stehen zunächst neun kleine Wahlen. Auf eine Anfrage des Abg. Hepp (D. Wp.) wird mitteilt, daß der Reichsbevollmächtigte für Oberschleien, Herr A. D. Schiffer, beauftragt worden ist, wegen des Wahlgesetzes des in das oberclassische Wahlungsgebiet einzuweisen. Am 7. April hat Reiches A. a. m. s. i. a. vorkellia zu werden.

Wegen der Ermordung eines Schutzbewachters durch einen delinquen Offiziervertreter in Hamburg. Anfrage Kaiser (D. Wp.) — Ist eine Untersuchung eingeleitet.

Dritte Lesung des Mantelgesetzes.
 Es folgt dann die dritte Lesung des sogenannten Mantelgesetzes, in dem die 14 Steuererlasse und die Zwangsanteile zusammengefaßt sind.

Abg. Dr. Geffertich (Dnt.) lehnt das Mantelgesetz ab. Er erklärt, daß seine Freunde auch gegen die Sozialerwerb und zum Teil auch gegen die Umfassung gestimmt hätten. Seine Partei werde sich nicht durch die Hoffnung auf eine auswärtige Reparationsanleihe betreiben lassen. Eine solche Anleihe käme einer Zwangsanleihe deutschen Wertes gleich. Auch gegen die Zwangsanleihe müßten schwere Bedenken geltend gemacht werden.

Abg. Eisenberger (Wahr. Wp.) behauptet, daß man den Rändern die Steuerhöfheit genommen habe. Dadurch sei die Reichsverschuldung gefördert worden. Die Finanzminister kennen sich nicht mehr aus. Die Kleinen, die Arbeiter und Selbständigen, hat man gefaßt.

Abg. Erdmann (L. Soz.) gibt im Namen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei eine Erklärung ab, in der die im Mantelgesetz zusammengefaßten Steuererlässe, namentlich die Besitzsteuer, für völlig unzureichend erklärt werden.

Abg. Frölich (Komm.): Die Steuerpolitik bedeutet die Zugrundertückung unseres gesamten deutschen Volkes. Ein Teil wird ein Massensterben der Arbeiterklasse zur Folge haben. Der Redner nennt die Annahme des Vertrauensvertrages eine schamlose Heuchelei und erhält dafür einen Ordnungsruf.

Abg. Rahnmann (Soz.) verteidigt seine Partei gegen die kommunistischen Angriffe. Wir übernehmen die Verantwortung, weil es im Interesse der Massen liegt. Die Erfüllungspolitik im Rahmen des Wohlthuns darf nicht unterbrochen, and die weitere Geldentwertung muß verhindert werden, den Besitzenden ein möglichst hoher Prozentsatz der Rollen auferlegt und eine Umstellung der Innenpolitik nach rechts verhindert werden.

Abg. Weiser (D. Wp.) erklärt sich im Namen seiner Partei mit dem Mantelgesetz einverstanden.
 Hierauf wird das Gesetz in dritter Lesung gegen die Stimmen der Deutschnationalen, Unabhängigen und Kommunisten angenommen.

Finanzminister Dr. Hermes dankt den Kommissionsberichten für die Annahme der Steuererlagen. Die Erhebung der neuen Steuern soll rasch und energisch durchgeführt werden. Das Ausland mag in diesem gewaltigen Steuerwerk erkennen, daß wir gewillt sind, unseren Verpflichtungen nachzukommen. Neue Lasten über den Verfallter Vertrag hinaus können wir nicht tragen.

Abg. Roosen (Komm.) behauptet, daß durch diese Erklärung des Ministers die Debatte wieder eröffnet sei und bittet ums Wort. Es entspinnt sich eine hitzige Geschäftsordnungsdebatte, die zu einem wüthen Tumult ausartet, als der Präsident dem Abg. Roosen das Wort entzieht. Als Roosen trotzdem weiter spricht, nimmt der Präsident energische Formen an, daß der Präsident sich gezwungen sieht, die Sitzung abzubrechen.

Mutterlamm

zu verkaufen oder später umzutauschen
 Georg Gundlach.

Brieftasche verloren

(Inhalt 120 Mk. und Viehhandelskarte). Inliegende 120 Mk. können als Finderlohn zurückgehalten werden. Brieftasche und Viehhandelskarte bitte an Zul. Spangenthal abzugeben.

Junger Hund

(Hündin) schwarz und weiß gefleckt, langhaarig, auf den Namen Nelly hörend entlaufen.

Wiederbringer erhält hohe Belohnung. Abzugeben in der Erped. ds. Blattes.

Salz

in Säcken, billig
 Richard Mohr.

Roggen- u. Weizenkleie

la. Qualität für Viehhalter empfiehlt
 M. J. Spangenthal.

Stempel
 liefert schnell und preiswert
 Buchdruckerei.

Rind-, Schweine- und Hammelfleisch

August Meurer, Metzgermeister.

Wir übertragen die dortige Bezirks-Geschäftsstelle unserem jetzigen Vertreter

Herrn Heinrich Holzhauser in Neumorschen

und bitten obigen Herrn volles Vertrauen zu schenken.

Spandauer-Ferchierungs-Gesellschaft
 Subdirektion Hörter
 C. Friebe & Jehn.

Ämtlicher Teil.

50 Zentner Kleie

sollen an Kleintierhalter verteilt werden. Preis: 1,35 Mk. je Pfd. ab Obernübe. Meldungen bis zum Sonnabend den 8. April, mittags 12 Uhr auf dem Bürgermeisteramt (Hausmeister Schmidt). Großviehhalter können nicht in Betracht. Die Mengen, die die Anmelgenden erhalten, werden hier festgelegt.

Die Kleie wird Dienstag, den 11. April, nachmittags von 1 Uhr ab in der Obernübe gegen Vorzahlung abgegeben.

Spangenberg, den 4. April 1922.
 Der Magistrat, Schür.

Die Buchdruckerei
 Hugo Munzer • Spangenberg
 empfiehlt sich zur Anfertigung aller Arten von
Drucksachen

als: Formulare aller Art, Rechnungen, Briefbogen und Briefumschläge, Postkarten, Mitteilungen, Quittungen, Zirkulare, Preislisten, Visitenkarten, Programme, Mitgliedskarten, Statuten, Diplome, Plakate, Einladungskarten, Verlobungs- und Vermählungskarten, Visitenkarten usw.

Geschmackvolle Ausstattung . . . Schnellste Lieferung

Bayerische Bretter

in 12, 15 und 20 mm Stärke. Ferner

Stabbretter, Spalier- und Dachlatten

M. J. Spangenthal.

Gelegenheitskauf.

Rudfäden, Marktaschen, Altentaschen, Geldscheintaschen
 Gummibälle

Richard Mohr.

Sommerhalbjahrskursus

werden entgegengenommen

Blunck & v. Boehn's Privathandelschule,
 Hohenz.-Str. 26 Cassel Fernruf 1006

Lehrplan durch die Schriftleitung

Na.

Delfardinen, Lachs in Scheiben

Majoneten, Sardellen,

Amerik. Würstchen

nach zu billigen Preisen

Richard Mohr.